

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 57 (1978)
Heft: 6

Artikel: Wandel in Spanien
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347553>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wandel in Spanien

Die dreissiger Jahre unseres Jahrhunderts waren die Zeitepoche des Faschismus in Europa. Begonnen hatte sie in Italien, wo zum erstenmal das ständestaatliche Modell einer persönlichen Diktatur in die Praxis umgesetzt und das Führerprinzip zur Staatsdoktrin erhoben wurde. Unbeschadet seiner nationalen Eigentümlichkeit war der deutsche Nationalsozialismus – historisch gesehen – doch nur eine Art Kopie des italienischen Vorbildes. Und so nicht minder der Heimwehrrfaschismus des Kanzlers Dollfuss in Österreich und, dauerhafter, die «Neue Ordnung» des Diktators Oliveira Salazar in Portugal.

In Spanien verlief der Prozess der Errichtung eines faschistischen Staatssystems – im Gegensatz zu den schon zitierten Beispielen anderwärts – in einem offenen Bürgerkrieg, provoziert durch die Gemeinschaft nationalistischer Offiziere, gegen die sich die Volksmassen bestimmter Gegenden – so insbesondere der grossen Städte Barcelona und Madrid – mit der Waffe in der Hand wehrten. Im Gegensatz zu Italien und Deutschland, wo die nationalistischen Schlagworte der Faschisten grosse Volksmassen zu mobilisieren in der Lage waren, lagen die Führung und Initiativen bei den aufständischen Generälen. Sie wählten dann auch – im Oktober 1936 – einen der ihren als den «Führer» (spanisch: Caudillo). In der Folge folgte jedoch das aus diesem Bürgerkrieg hervorgegangene Regime den allgemeinen Kriterien faschistischer Staatsführung, die sich darstellten in der – von oben regierten – Einheitspartei, in der hierarchisierten «Gewerkschaft» in der Unternehmer und Arbeitnehmer vereinigt waren und im ständestaatlichen Aufbau der beschliessenden Körperschaften, das heisst des «Parlaments», der Provinzialdeputationen und der Gemeinderäte. Die Bürgermeister wurden von den zuständigen Provinzgouverneuren und für Madrid vom «Führer» ernannt.

Während der deutsche Nationalsozialismus und der italienische Faschismus durch militärische Niederlagen sozusagen ausgelöscht wurden und das portugiesische Regime an einer Revolte der des immer aussichtsloser werdenden Kolonialkrieges innerhalb der Armee zugrunde ging, hat sich der Wandel des faschistischen Regimes in Spanien auf eine sehr eigenartige Weise vollzogen. Es war der Tod des Führers, General Francisco Franco Bahamonde, der den eigentlichen Anstoss gab. Gemäss der von ihm selbst vorgesehenen Thronfolge folgte ihm als Führer und Staatshof der Sohn des vormaligen Thronpräsidenten Juan Carlos von Bourbon. Die Ständekammer billigte die Ausrufung von Juan Carlos als König, der den – von Franco vorgeschriebenen – Eid auf die faschistisch-ständestaatliche Staatsordnung leistete. Und dann kam alles anders. Äusserlich war es der König selbst, der begann, diese Staatsordnung umzubauen. Die

Etappen dieses Umbaus sind allgemein bekannt. Die Zensur wurde aufgehoben, die politische Polizei der «Sozialen Brigaden» verschwand, die politischen Parteien und die freien Gewerkschaften waren plötzlich da und meldeten sich zu Wort. Das Wort Demokratie ist nicht mehr verpönt, sondern wird selbst vom König gebraucht. In langer dunkler Vergangenheit verschwand das typische faschistische Vokabular, das auch in Spanien zum politischen Alltag gehörte. Es gab ein Wahlgesetz und freie Wahlen, nach 40 Jahren düsterer hierarchisch bestimmter Verwaltung unter dem Druck einer auf jegliche Kleinigkeit bedachter Zensur.

Dieser erste Schritt zu einer liberal gedachten neuen Ordnung, die auch den autonomen Bestrebungen im Baskenland und in Katalonien freien Lauf liess, fand allgemein eine gute Presse im Lande und – nicht zuletzt – im Ausland. Der König gab sich – vor allem im internationalen Gespräch – überaus liberal. Diese Tendenz zum Liberalismus modernen Stils ergab sich nicht auf einmal, sondern liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes begründet, in der Entwicklung nicht zuletzt der Industrie und auch in der technischen Umstellung des ländlichen Grossgrundbesitzes, und natürlich auch in der zunehmenden Verselbständigung der Arbeiterschaft, die sich gegen die Vormundschaft der «vertikalen»¹ Gewerkschaften wehrte. Typisch war hierfür schon vor Jahren die Modifikation des Streikverbots, das zuerst für jegliche Art der Arbeitsverweigerung galt und dann auf die politischen Streiks begrenzt blieb. Auf diese Weise sind mancherlei zu Beginn streng eingehaltene Regeln des Faschismus modifiziert worden. Eine nicht geringe Rolle spielten dabei der Generationswechsel und der immer stärker hervortretende Trend, Spanien in die Europäische Gemeinschaft einzugliedern.

Die Summe dieser Tendenzen kam dem zweifellos vorbedachten Willen des Königs entgegen, seine Macht nicht auf den überholten Regeln des spanischen Faschismus, sondern auf ein parlamentarisches System zu gründen. Dabei nahm er eine Reihe von ungewissen Fragen mit in Kauf, so die grundsätzlich republikanische Haltung der Sozialisten und die nicht minder republikanisch orientierte Stellungnahme der meisten katalanischen Gruppierungen. Doch diese Frage ist für die gegenwärtige Entwicklung weniger bedeutsam als andere Grundsatzfragen, die in jüngster Zeit dazu geführt haben, dass der sozialistische Vertreter, der Abgeordnete Peces-Barba, die Verfassungskommission des Parlaments verlassen und damit eine Ära der Konflikte zwischen der linken Opposition und der Regierung eröffnet hat. Es geht da um vielerlei Fragen, in der Hauptsache aber um widersprüchliche Stellungnahmen der UCD zu dem, was vordem in dem sogenannten Pakt von Moncloa zwischen den Parteien als allgemeine Richtlinien vereinbart worden war. Moncloa ist der Regierungspalast.

¹ Mit diesem Ausdruck ist die organisatorische Verbindung von Unternehmern und Arbeitern gemeint.

Man hatte diese Vereinbarung als ein Produkt der Kompromissbereitschaft gefeiert. Nun aber brachte die UCD eine Reihe von Änderungen zur Diskussion, die eine bedenkliche Wendung nach rechts darstellt. Die UCD ist eine sehr heterogene Allianz der verschiedensten politischen Gruppierungen, die vorläufig von Adolfo Suarez ins Leben gerufen wurde, aber ihren eigentlichen Gründungsparteitag noch vor sich hat, also nicht einmal über ein gültiges Parteistatut verfügt. Rechts von dieser Gruppe steht die Volksallianz, die versucht, möglichst viel Franquismus in die neue Ordnung zu bringen. So gaben die UCD-Vertreter in der Kommission auch frank und frei zu, diese Vorschläge vorzubringen, um der Volksallianz zu dienen. Das war natürlich ein Grund mehr für den Abgeordneten Peces-Barba, dieses Spiel nicht mitmachen zu wollen. Es ging dabei – eine bedeutsame historische Frage in Spanien, um das Verhältnis von Kirche und Staat und die, besonders von den Sozialisten programmatisch geforderte föderale Struktur des spanischen Staates. Die Sozialisten fordern, und nicht seit heute und gestern, die Trennung von Kirche und Staat und ein öffentliches Schulsystem. So war es auch im Pakt von Moncloa vorgesehen. Nun kamen diese Änderungen. Und auch um die föderale Struktur geht der Konflikt. Nicht nur im Baskenland und in Katalonien geht es um die regionale Autonomie. Im südlichen Andalusien und im nordwestlichen Galicien, überall regen sich die Kräfte, die den überzentralistischen spanischen Staat in regionale Körkerschaften aufteilen wollen. Man spricht allgemein von «Vor-Autonomien». Aber im Verfassungsausschuss des Parlaments brachte die Suarez-Partei einen umfangreichen Antrag ein, der praktisch dem Gemeinderecht Francos entspringt und der statt Autonomien lediglich eine Art von Gemeinschaften der einzelnen Provinzen vorsieht. –

Die heftige Reaktion der Sozialisten hat allgemein überrascht. Nicht minder ihr wiederholtes und heftiges Drängen, die vorgesehenen und auch mehrmals besprochenen Gemeindewahlen endlich anzusetzen. Noch werden alle Gemeinden nach dem alten Franco-Schema regiert, die Gemeinderäte im wesentlichen ernannt und der Bürgermeister vom Zivilgouverneur bestimmt. Praktisch gab es seit Francos Tod keinen Wechsel, mit Ausnahme der Hauptstadt Madrid. Hier demissionierte kürzlich der Ingenieur Juan de Arcespachoga und wurde . . . – vom König als Staatschef – durch José Luis Alvarez Alvarez ersetzt. Dieser ist ein sehr aktives Mitglied der – noch nicht gegründeten – Partei UCD, während Arcespachoga der äussersten Rechten der Volksallianz zuzurechnen ist. Es geht nicht darum, wie so manche Kommentatoren meinen, dass die PSOE (Sozialistische Arbeiterpartei) sich in diesen Wahlen bestätigen lassen will. Das Wort Demokratie verliert seinen Wert, wenn Gemeinden und Provinzen weiterhin nach wie vor von Franco-Funktionären regiert werden. Das stellt zwar keine unmittelbare Gefahr dar, ist aber schon deshalb allgemein unerwünscht, weil die meisten Gemeinderäte angesichts der ungeklärten

Lage darauf verzichten, mehr als das Allernotwendigste zu leisten. Daneben bestehen allerdings im Baskenland und in Katalonien theoretische Regionalregierungen, die anerkannt sind, aber keinen tatsächlichen Wirkungskreis in der Verwaltung haben. Dieser Zustand wird – auch in den nach Atonomie strebenden Regionen die «Vor-Autonomie» genannt – ein Scheck auf die Zukunft, von dem noch nicht klar ist, inwieweit er eingelöst wird. Es gab noch einen Punkt, der für die Sozialisten unannehmbar schien, das Recht auf Aussperrung für die Unternehmer, eine Frage, die in der – kommenden – Verfassung nichts zu suchen hat. Mittlerweile haben die Sozialisten ihre Stärke auf parlamentarischer Ebene verstärkt, durch den vorgesehenen Zusammenschluss mit den Volkssozialisten des Professors Tierno Galvan, während es in der Kommunistischen Partei kriselt. Das Bemühen von Santiago Carrillo, die Bezugnahme auf Lenin für die KPSP auszumerzen, gelang nicht, was Carrillos Prestige als massgeblicher Führer eines neuen «Eurokommunismus» naturgemäss beeinträchtigte.

So ist der Wandel in Spanien an einem kritischen Punkt angelangt. Dem parlamentarischen Überbau und der Zulassung politischer Parteien und der freien Rede entspricht noch nicht die volle Demokratisierung des öffentlichen Lebens. Die mehr zusammengewürfelte Mehrheit als organisch gewachsene der UCD im bürgerlichen Lager wandelt sich offensichtlich von ihrer ursprünglichen «Mitte» Haltung zu einer rechtsorientierten Interessenvertretung, die den derzeitigen Schwebezustand möglichst zu erhalten sucht. Die Zukunft des demokratischen Spaniens liegt daher mehr denn je in der Hand der – stärksten – Oppositionspartei, der Sozialisten.